



Ökonomie der Füße

von Jay Murray Winter

05.09.2005 - Cicero Online Exklusiv: Millionen Menschen sind weltweit auf der Wanderung. Allein in den USA schaffen sich neun Millionen Latinos ihre eigene Legalität. Auch in Europa greift nationales Recht und staatliche Autorität längst nicht mehr in allen Bevölkerungsschichten. Ein Gespräch über ein verdrängtes Phänomen: Global Citizenship.

Professor Winter, Sie schreiben Bücher über einen Begriff, der noch kaum existiert: Global Citizenship, Weltbürgertum. Leben Sie da nicht in der falschen Zeit? Nationalism is back. Überall.

Das ist eine oberflächliche Sichtweise. Das, was die Politiker und Wirtschaftsführer oben reden und tun, entspricht nicht dem, was unten passiert.

Was meinen Sie damit?

Sie reden über Freihandel als oberstes Gebot. Gut so. Aber es ist allein die Sichtweise von oben. Sie meinen mit Freihandel nur Waren und Dienstleistungen. Nicht Menschen. Unten geschieht schon etwas ganz anderes, viel weiter gehendes. Es gibt eine riesige Wanderbewegung der Menschen auf allen Kontinenten. In den USA leben illegal acht bis neun Millionen Mexikaner. Niemand kennt ihre genaue Zahl. Sie machen Jobs, die sonst niemand machen will. Sie organisieren sich selbst in einer kompletten Infrastruktur, die nur für sie durchschaubar ist...

... aber nicht mehr für die Regierung?

Nein. Die Politik sagt zwar, sie wolle das nicht. Aber die Ökonomie der Füße hat sich unten schon längst ihren Weg gebahnt. Das macht einen tiefen Widerspruch deutlich: Man kann nicht oben dauernd den Freihandel predigen und sich dann wundern, wenn die Menschen unten diesen Freihandel nach ihren Interessen und mit ihren eigenen Mitteln schaffen. Dasselbe geschieht auch in Europa. Aber man diskutiert kaum darüber.

Viele Europäer fürchten diese Entwicklung. Die negativen EU-Abstimmungen in Frankreich und den Niederlanden hatten diesen Hintergrund?

Es geht nicht darum, ob diese Entwicklung gut oder schlecht ist: It just happens. Diese Entwicklung läuft ab, ohne und dass wir wissen, wie wir das organisieren können.

Der Begriff Global Citizenchip ist dabei reichlich vage...

Er beschreibt einfach, was tatsächlich passiert, was wir aber nicht wahrhaben wollen. In Brasilien leben etwa zehntausende Japaner. Sie wanderten von Japan aus, nicht, weil sie unbedingt nach Brasilien wollten, sondern sie reisten von einer kleinen Stadt in Japan nach einer anderen kleinen Stadt, die zufällig in Brasilien liegt. Sie gingen dorthin, weil schon einige Japaner dort lebten. Über die Jahre wurde daraus eine riesige Operation. So etwas gibt es überall.

Wo noch?

Zum Beispiel in Toronto. 60 Prozent der dortigen Bevölkerung sind außerhalb Kanadas geboren. Die meisten haben keinen kanadischen Pass. Lokal können sie wählen. Die Zugereisten kontrollieren heute den Bürgermeister. Die gleiche Entwicklung gibt es auch in Chicago. In diesen Städten können sie die nationale Politik vergessen. Die greift da nicht mehr. Das spielt längst auf einem ganz anderen Level. Man muss wirklich hinuntergehen, um zu sehen, was da passiert. Das tun die wenigsten Politiker und Wirtschaftsführer schon gar nicht.

Das klingt alles nicht beruhigend.

Die Megapolis, die Riesenstädte, sind heute schon von nationalen Regierungen nicht mehr beherrschbar. Nehmen Sie Mexiko City, eine Stadt mit 25 Millionen Einwohnern. Niemand kann für immer dort leben. Es gibt eine dauernde Wanderbewegung in die und aus der Stadt. Einzelne Schichten organisieren sich längst in Strukturen, die von außen überhaupt nicht mehr durchschaubar und regierbar sind. Dort greift auch staatliches Recht nicht mehr oder nur noch teilweise. Das ist ein Zustand, wie es ihn bisher nicht gegeben hat.

In Großbritannien gibt es inzwischen britische Staatsbürger moslemischen Glaubens, die als Selbstmordattentäter tödliches Chaos im Namen ihres Glaubens inszenieren. Sie stammen aus solchen kompakten Strukturen.

Das zeigt, dass die Gesellschaften unserer Staaten immer undurchschaubarer werden, weil einzelne Teile begonnen haben, sich selbst zu organisieren, und zwar mit allem Drum und Dran. Oft sind das funktionierende Strukturen, aber außerhalb von jeder nationalen Bindung. Die EU hat Grenzen und den Freihandel geöffnet, und die Menschen betreiben eben jetzt auch Freihandel ohne Grenzen auf ihrer Stufe bis ganz unten. Ich möchte das jetzt aber nicht mit dem Thema Terrorismus vermischen. Wenn Sie so wollen, ist diese Form des Terrorismus die negative Seite der Global Citizenship.

Es ist eine Art leiser Anarchie, die sich ausbreitet. Was ist die Antwort? Re-Nationalisierung?

Das sind Lösungen von vorgestern. Der Nationalstaat ist eine Folge der Französischen Revolution. Die Befreiung von kommunistischen Regimen brachte in Osteuropa noch einmal einen Schub von Nationalismus. Aber das ist eine vorübergehende Erscheinung. Die EWG-Verträge von Rom 1958 und die Verträge von Maastricht 1992 waren aus historischer Sicht die wirklich fundamentalen Weichenstellungen.

Sie setzten auf eine Internationalisierung des Rechts, um diese globalen Wanderbewegungen rechtlich zu fassen. Ist das überhaupt realistisch?

Nehmen Sie den Fall des argentinischen Diktators Augusto Pinochet. Zum ersten Mal überhaupt konnten spanische Kläger vor einem britischen Gericht klagen, dass ein argentinischer Staatsbürger außerhalb seines Staates festgenommen wurde. Und erst noch einen Ex-Diktator. So etwas hat es vorher noch nicht gegeben. Da zeigen sich Zentrifugalkräfte: Europäisches Recht vor nationalem Recht. Aus politischer Sicht war der Fall Pinochet gar nicht so wichtig. Aus rechtlicher Sicht sehr wohl. In den USA wäre dieser Vorgang unmöglich gewesen. Europa ist da deutlich weiter.

Endlich mal was Positives. Sonst neigen wir Europäer zu Depressionen über die EU...

In der Frage der Internationalisierung des Rechts gehen die USA und Europa in völlig gegensätzlicher Richtung.

Die Menschenrechte sind eine europäische Erfindung. Sie können zur Grundlage eines internationalen Rechtssystems werden. Amerikaner können damit wenig anfangen. Von ihnen sind keine Anstöße in dieser Richtung zu erwarten. Sie setzen allein auf Zivilrechte, etwa das Wahlrecht, und so weiter. Aber es werden letztlich nicht Regierungen und Staaten eine Vorreiterrolle in der Internationalisierung des Rechts spielen, sondern die Banken

Wie bitte?

Ja, die Finanzindustrie ist die am globalsten operierende Industrie. Sie braucht ein internationales Rechtssystem für ihre Geschäfte. Dies könnte der Weg sein, auch die Global Citizenship schrittweise rechtlich zu fassen. Sie entwickelt sich ja, ohne dass es jemand steuern oder gar verhindern könnte. Es dürfen dadurch keine rechtsfreien Räume entstehen. Das ist aber der Fall, wenn es nicht gelingt, internationale Rechtsstandards und Normen zu verankern. Von welchem Recht werden zum Beispiel die 9 Millionen illegalen Mexikaner in den USA geschützt? Völlig offen. Europa kann hier eine Vorreiterrolle spielen und tut es ja bereits. Das Internationale Strafgericht in Den Haag schafft in seinem Zuständigkeitsbereich Grundlagen, die nicht mehr rückgängig gemacht werden können. Das strahlt weiter aus.

Das Interview führte **Fred David**

© Cicero 2005

Alle Rechte vorbehalten

Vervielfältigung nur mit Genehmigung der Ringier Publishing GmbH